

Beratung und Beschlussfassung über das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum

Federführender Fachbereich: Fachbereich Arbeit und Soziales	X öffentlich nicht öffentlich	Aktenzeichen: 3 Sachbearbeiter/in: Christian Grellck Datum: 26.06.2019
mitwirkende Fachbereiche:		

<u>BERATUNGSFOLGE</u>	<u>DATUM</u>	<u>ERGEBNIS</u>
Finanz- und Bauausschuss	26.06.2019	
Kreistag des Kreises Nordfriesland	13.09.2019	

Finanzielle Auswirkungen Ja	Genderaspekt betroffen Nein	Stellenplanmäßige Auswirkungen Nein
--------------------------------	--------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Vereinbarung „Nordfriesisches Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ zu und beauftragt den Landrat die Vereinbarung (Stand 19.6.2019) für den Kreis Nordfriesland zu unterzeichnen.

Begründung:

Die konzentrierte Schaffung von neuem Wohnraum erfordert in einer großen Anzahl erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen sowie umfangreiches Know-how in verschiedenen Bereichen. Ferner ist es aus Sicht der Kreisverwaltung zwingend erforderlich die Städte und Gemeinde eng einzubeziehen, da diese den Zugriff auf Bauflächen besitzen und zugleich für die Bauleitplanung zuständig sind. Die nachhaltige Schaffung von neuem Wohnraum kann daher nur durch die Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen und Akteuren gelingen. Mit Beschluss vom 16.11.2018 hat deshalb der Kreistag die Verwaltung beauftragt, eine Vereinbarung für ein Nordfriesisches Bündnis für bezahlbaren Wohnraum auszuarbeiten.

Beispiel für das Nordfriesische Bündnis sind die in einigen Kreisen und Städten (vgl. z.B. Pinneberg, Stormarn, Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Braunschweig) bereits bestehenden Bündnisse.

Das Nordfriesische Bündnis für bezahlbaren Wohnraum soll ein Zusammenschluss aus relevanten Akteuren/innen der Wohnungswirtschaft, der Verwaltung und Politik sowie den Städten und Gemeinden des Kreisgebietes. Das Bündnis sieht eine Verständigung auf Ziele zur Stärkung des Wohnstandortes und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sowie überprüfbare Maßnahmen vor. Die Wohnungsbaugesellschaften verpflichten sich neuen Wohnraum zu schaffen. Im Gegenzug verpflichten sich Kreis, Städte und Gemeinden baureife Grundstücke kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Kernziel dieses Bündnisses soll es sein, Beiträge/Maßnahmen zur Intensivierung des Wohnungsbaus allgemein und speziell die Schaffung von bezahlbarem bzw. gefördertem

Wohnraum abzustimmen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umzusetzen.

Das Nordfriesische Bündnis für bezahlbaren Wohnraum soll dazu beitragen, insbesondere für die von Wohnungsmangel besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen im Kreisgebiet bedarfsgerechten, infrastrukturell gut angebundenen und bezahlbaren Wohnraum in angemessener städtebaulicher Qualität unter Berücksichtigung der Vorgaben des Klimaschutzes und der Ziele des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes (SHWoFG) sowie der Zugrundelegung des Wirtschaftlichkeitsgebotes neu zu schaffen und zu erhalten.

Im Rahmen des 3. Runden Tisches von Eckpfeiler NF und dem Kreis Nordfriesland am 16.05.2019 wurde ein entworfener Vereinbarungstext umfassend diskutiert. Zahlreiche Vertreter aus der Politik, von den Städten und Gemeinden und aus der Wohnungswirtschaft haben daran teilgenommen und sich konstruktiv eingebracht. Der im Rahmen dieses Runden Tisches entworfene Vereinbarungsentwurf liegt der Vorlage als Anlage bei.

Nach Beschlussfassung durch den Kreistag und Beratung innerhalb der Kommunen ist eine Unterzeichnung der Vereinbarung vorgesehen.

Ergänzung zur Ursprungsvorlage:

Der Arbeits- und Sozialausschuss hat die Vorlage am 19.6.2019 beraten.

Der Arbeits- und Sozialausschuss hat einvernehmlich den ersten Satz der Präambel wie folgt geändert:

„Die aktuelle Studie des Kreises Nordfriesland gemäß Kreistagsbeschluss vom 16.11.2018, die Berechnung zur Bevölkerungsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2016, sowie die aktuelle Wohnungsmarktprognose des Landes Schleswig-Holstein bestätigen den hohen Bedarf an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum.“

Mit der Änderung in der Präambel des Bündnisses hat der Arbeits- und Sozialausschuss die Vorlage einstimmig empfohlen.

Dieter Harrsen
- Landrat -